

links

Mitgliedermagazin
der SP Schweiz
September 2025
Ausgabe 220 | CH

Lebensmittel
schützen –
jetzt Initiative
unterschreiben!

**Abschaffung
des Eigenmietwerts?
Höhere Steuern!**

Fr. 500.00

**Neue Initiative:
Es braucht endlich tiefere
Krankenkassenprämien**

SP

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus

Tataa! Durch das «links» weht ein frischer Wind: Die Mitgliederzeitung hat ein neues Kleid bekommen. Auf den einen Seiten halten wir an Bewährtem fest, auf anderen wagen wir uns in Neuland vor. Die Bilder sollen neu noch besser zur Geltung kommen, die Leserlichkeit noch besser werden. Ist uns das gelungen? Wie gefällt dir das neue «links»? Reaktionen an links@spschweiz.ch freuen uns sehr. Danke im Voraus!

Die Form soll den Inhalt bestmöglich zur Geltung bringen. Und da warten wir mit spannenden Beiträgen auf: Co-Präsident Cédric Wermuth erklärt ab Seite 4 fundiert, weshalb die Abschaffung des Eigenmietwerts nur den Vermögenden hilft. Nationalrätin Min Li Marti zeigt auf, welche Gefahren von Big-Tech für die Demokratie ausgehen, mit Tipps zum Ausstieg aus Google, Microsoft & Co (Seite 15). Und Co-Präsidentin Mattea Meyer und Co-Fraktionschef Samuel Bendahan machen Vorschläge, wie die explodierenden Gesundheitskosten in den Griff zu kriegen sind (Seite 14).

Wir wünschen eine spannende Lektüre.

Solidarische Grüsse



Pia Wildberger

PS. Die Gesundheitskosten und Big Tech sind Themen am nächsten Parteitag. Hier kannst du dich anmelden: www.spschweiz.ch/parteitag

Inhalt

- 4 Eigenmietwert abschaffen? Nein danke!**
Änderungen bei den Liegenschaftssteuern bedeuten 500 Franken höhere Steuern – für alle!
- 6 E-ID: Warum die SP jetzt dafür ist**
- 8 Lebensmittelschutz: Jetzt Initiative unterschreiben**
Nationalrat Ueli Schmezer sagt, weshalb die Initiative wichtig ist
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Gute Frage: Eine Gaza-Initiative?**
Wir beantworten Leser:innenfragen
- 14 Neue Vorschläge für bezahlbare Krankenkassenprämien**
Diskutiere am Parteitag in Sursee mit
- 16 Kochen fürs Klima: «Wenn alle mitmachen, geht viel»**
Wie Niyazi Erdem in seinem Take Away klimafreundlich kocht
- 17 100 Jahre Naturfreunde – wir gratulieren!**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Claudia Budimir,**
Steuerberaterin und ehemalige Spitzenspielerin
- 19 Anlässe der SP Schweiz, SP Zürich, von Movendo und der Anny-Klawamorf-Stiftung**
- 20 Bildungsangebote der SP Schweiz**

Initiative gegen Femizide

Die Zahl der Femizide ist auf einem Rekordhoch. 23 Frauen wurden allein in diesem Jahr getötet, mutmasslich meist von ihren (Ex-)Partnern. Das ist inakzeptabel. Das Co-Präsidium der SP Schweiz und die SP Frauen schlagen daher die Lancierung einer Initiative vor, die den Bund verpflichtet, mit 500 Millionen Franken jährlich die Prävention, Täterarbeit und Frauenhäuser zu unterstützen. Für die Initiative wollen wir NGOs und Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, einbeziehen und eine möglichst breite politische Allianz bilden.

News 1

Investitionen in den Klimaschutz sind nötiger denn je

Mitten in der Hitzewelle Anfang Juli hat die zuständige Kommission des Ständerats die Klimafonds-Initiative sowie alle Gegenvorschläge abgelehnt. Es ist gut möglich, dass der Ständerat seiner Kommission in der Herbstsession weitgehend folgen wird. Angesichts der unverantwortlichen Haltung der bürgerlichen Mehrheit sind wir entschlossen, eine starke Kampagne zu führen, um den Klimaschutz im Parlament durchzusetzen – wenn nötig auch an der Urne. Es geht um unsere Gesundheit und die Zukunft künftiger Generationen.

News 2

F-35: Abstimmung wiederholen!

Wenig erstaunlich: Die USA sind nicht bereit, über den angeblichen Fixpreis für die Kampfjets zu verhandeln. Die F-35-Flotte wird die Bevölkerung darum mindestens 1,3 Milliarden Franken mehr kosten als die sechs Milliarden, die in der äusserst knapp ausgegangenen Volksabstimmung bewilligt wurden. Das Fiasko rund um die Beschaffung macht deutlich: Der Kauf sollte sofort gestoppt werden!

Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien haben mehrfach betont, dass es sich bei den F-35-Kosten um einen Fixpreis handle. Heute ist klar, dass der Souverän damals hinters Licht geführt wurde, da für 6 Milliarden Franken eine komplette Kampfjetflotte in Aussicht gestellt wurde. Wir fordern daher, dass die Stimmbevölkerung erneut über den F-35-Kauf entscheiden kann und diese Beschaffung nicht einfach durch die Hintertür durchgedrückt wird.



Systemwechsel bei den Liegenschaftssteuern

500 Franken mehr Steuern für uns alle?

Sollte die Abschaffung des Eigenmietwerts an der Urne durchkommen, müssen wir alle höhere Steuern bezahlen, während wohlhabende Immobilienbesitzer:innen profitieren. Das kann nicht Sinn und Zweck einer Vorlage sein. Darum Nein zum Wechsel bei den Liegenschaftssteuern!

Am 28. September stimmt die Schweizer Bevölkerung über den sogenannten Systemwechsel bei den Liegenschaftssteuern ab. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich eine der umstrittensten Steuerreformen der letzten Jahre – mit weitreichenden Folgen für Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen, Familien und Mieter:innen. De facto käme die Reform schlicht einer milliardenschweren Umverteilung von unten nach oben gleich.

Immobilienbesitzer:innen steuerlich bevorteilt: Für den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung können sie Gelder aus der zweiten und dritten Säule steuerbegünstigt einbringen. Hinzu kommt, dass der Eigenmietwert häufig unter dem Marktwert festgesetzt wird. Allein diese Punkte schaffen Steuerprivilegien in Höhe von über zwei Milliarden Franken.

Kantone künden happige Steuererhöhungen an

Für die reichsten Immobilienbesitzer:innen kommen mit der Vorlage noch weitere massive Steuererleichterungen oben drauf. Die breite Bevölkerung hingegen hätte an den Folgen der Vorlage schwer zu tragen. Die Ausfälle bei Bund, Kantonen und Gemeinden

Wer hat, dem wird gegeben

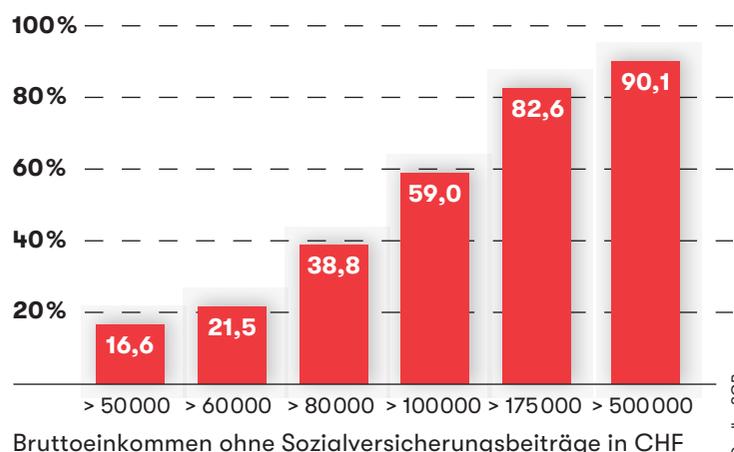
Kern des Projekts ist die Abschaffung des Eigenmietwerts. Mit dem Eigenmietwert wird heute ein Ausgleich geschaffen für die zahlreichen Privilegien, die Immobilienbesitzer:innen gegenüber Mieter:innen haben. Bereits heute sind



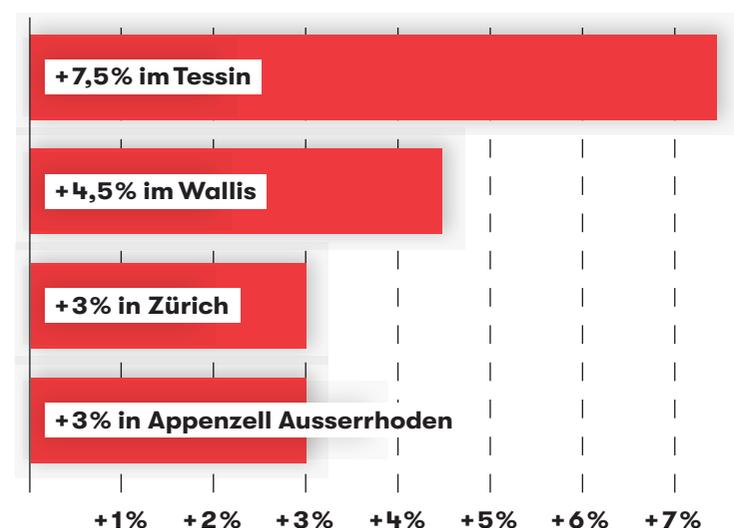
Cédric Wermuth,
Co-Parteipräsident

Reichste profitieren am meisten vom Systemwechsel bei der Liegenschaftssteuer

Anteil der Personen mit selbstgenutztem Wohneigentum



Drohende Steuererhöhungen in den Kantonen



summieren sich gemäss aktuellen Schätzungen auf rund zwei Milliarden Franken pro Jahr.

Diese Milliarden müssen irgendwo wieder hereinkommen. Mehrere Kantone haben bereits offen kommuniziert, dass sie die Steuern erhöhen müssten: Im Tessin rechnet die Regierung mit einem Anstieg von 7,5 Prozent, in Zürich mit rund 3 Prozent. Durchschnittlich bedeutet das: Jede Familie und jeder Haushalt bezahlt künftig rund 500 Franken mehr Steuern – pro Jahr.

Mieter:innen werden doppelt zur Kasse gebeten

Noch härter trifft es die Mieter:innen. Schon bisher sind die Wohnkosten stark gestiegen: Seit 2005 nahmen die Mieten um fast 25 Prozent zu, obwohl sie eigentlich deutlich tiefer

liegen müssten – vorausgesetzt, die Einhaltung der entsprechenden Gesetze würde kontrolliert. Der Systemwechsel verschärft die Ungleichheit. Mietende zahlen nicht nur weiter zu hohen Zinsen, sondern werden über höhere Steuern gleich doppelt belastet.

Kantonale Finanzdirektor:innen wehren sich

Besonders alarmierend sind die langfristigen finanziellen Folgen: Selbst bei konservativen Annahmen summieren sich die Ausfälle innerhalb von zehn Jahren auf über 20 Milliarden Franken. Geld, das in den Kantonen für Bildung, Gesundheit, Klimaschutz oder Infrastruktur fehlen wird.

Die vorgeschlagene Kompensationsmassnahme, die so genannte

Reiche profitieren am meisten

Nicht alle Wohneigentümer:innen profitieren gleich stark von der geplanten Abschaffung des Eigenmietwerts. Besonders Reiche ziehen den grössten Nutzen aus der Vorlage. Dafür gibt es drei Gründe:

1. Wer in einem grossen, teuren Haus an bester Lage wohnt, kann mit deutlich höheren Steuererleichterungen rechnen als jemand in einer bescheideneren Eigentumswohnung.
2. In Zukunft können weder Hypothekarzinsen noch notwendige Renovationskosten von den Steuern abgezogen werden. Davon profitieren besonders diejenigen, die ihr Haus bereits abbezahlt und saniert haben – oft sind das die wohlhabenderen Haushalte.
3. Für Menschen mit hohem Einkommen fällt der Eigenmietwert steuerlich stärker ins Gewicht. Wegen der Steuerprogression – also dem Prinzip, dass höhere Einkommen prozentual stärker besteuert werden – bringt ihnen die Abschaffung deutlich mehr Entlastung als Haushalten mit geringem Einkommen.

Kurz gesagt: Die Steuerreform rund um den Eigenmietwert entlastet nicht alle gleich – es profitieren besonders jene, die bereits viel besitzen.

Kantonale Finanzdirektor:innen und Gemeindeverband wehren sich.

Objektsteuer, vermag nicht zu überzeugen: Genau die Kantone, deren Ausfälle damit kompensiert werden sollten, halten sie für untauglich. Besonders treffen werden die Ausfälle die Berg- und Tourisuskantone. Deshalb wehren sie sich zusammen mit der Finanzdirektor:innenkonferenz der Kantone und dem Gemeindeverband gegen die Vorlage.

Der Systemwechsel mag «kleinen» Hausbesitzer:innen einige Franken Steuerersparnis bringen, massiv entlastet wird aber nur eine kleine Minderheit. Bezahlen dürften das – einmal mehr – Familien, Mieter:innen, Haushalte mit kleinem Budget. Was als Steuerreform verkauft wird, ist in Wahrheit ein milliardenschweres Umverteilungsprogramm.

Ja zur e-ID

Die neue e-ID: Eine gute Sache

Digitale Ausweise sicher
aufbewahren

Ihre Ausweisdaten werden verschlüsselt
lokal in der swiyu App auf Ihrem Handy
gespeichert.

Starten

Erst vor wenigen Jahren wurde die Einführung einer e-ID abgelehnt – aus guten Gründen. Nun ist der Bund über die Bücher gegangen und hat die wesentlichen Kritikpunkte beseitigt. Darum: Ja zur neuen e-ID.



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

Im September kommt der elektronische Identitätsnachweis (e-ID) zum zweiten Mal zur Abstimmung. Beim Urnengang 2021 wurde die Vorlage deutlich abgelehnt, auch mithilfe linker Stimmen. Heute unterstützt die SP die Vorlage.

Staatliche und vertrauenswürdige Lösung

Vor vier Jahren stand eine private Lösung im Zentrum, was einer der grössten Kritikpunkte war. Die Herausgabe einer digitalen ID ist jedoch eine typische Service-public-

Aufgabe. Die Bevölkerung lehnte es ab, die Ausstellung eines digitalen Ausweises in die Hände von Firmen zu geben, die ein Interesse an der Anwendung und den daraus entstehenden Daten haben. Die neue e-ID wird nun vom Bund herausgegeben und ist damit frei von kommerziellen Interessen.

Datensparsam und dezentral

Ein weiterer Kritikpunkt an der letzten Vorlage war der Datenschutz. Die e-ID und die damit anfallenden Daten wären zentral gespeichert

worden, was auch aus Sicherheitsgründen nicht optimal ist. Die neue e-ID hingegen ist datensparsam und dezentral konzipiert. Sie funktioniert nach dem Grundsatz, dass nur die wirklich nötigen Daten übermittelt werden. Bei einer Altersüberprüfung soll beispielsweise nur das Alter abgefragt werden («über 18») – und keine zusätzlichen Angaben wie das Geburtsdatum. Zudem sind die Daten dezentral bei den Nutzer:innen auf dem Smartphone gespeichert. Im Gegensatz zur letzten Vorlage wurde auch sichergestellt, dass die e-ID nur dort zum Einsatz kommt, wo sie wirklich benötigt wird.

In der parlamentarischen Beratung haben wir zudem durchgesetzt, dass die e-ID nicht nur online

gezwungen, sie zu verwenden. Der Identitätsnachweis kann nach wie vor auch auf herkömmlichem Weg, also mit physischem Pass oder Identitätskarte, erbracht werden. Aber sie kann sehr praktisch sein, um beispielsweise Behördengänge zu beschleunigen. Wer etwa für eine Bewerbung einen Strafregisterauszug braucht, kann diesen online bestellen und sofort erhalten. Auch kommerzielle Nutzungen sind einfacher, etwa die Eröffnung eines Bankkontos.

Widerstand am falschen Ort

Bei der letzten Abstimmung zeigte sich, dass ein Teil der Stimmberechtigten die Vorlage auch darum ablehnte, weil sie den Nutzen nicht sahen oder Mühe mit den schnell fortschreitenden technologischen Entwicklungen haben. Diese Bedenken sind nicht unberechtigt. Die Digitalisierung hat zwar viele Vorteile, bringt aber auch grosse Risiken mit sich, etwa Überwachungs- und Datenmissbrauchsrisiken durch ausländische Big-Tech-Firmen.

Gegenüber internationalen Konzernen, die unsere Daten absaugen und weiterverwenden, wirkt die Politik oft hilflos. Deshalb nun jedoch die e-ID abzulehnen, wäre ein Protest am falschen Ort und insgesamt ein falsches Signal. Ein Nein schwächt weder Big-Tech noch den Überwachungsstaat, sondern verhindert vielmehr eine datenschutzsensible und nichtkommerzielle Alternative. Darum wird die Vorlage auch von Organisationen wie der Digitalen Gesellschaft unterstützt, die sich für digitale Grundrechte einsetzen.

Aus all diesen Gründen: diesmal Ja zur e-ID!

bezogen, sondern auch in einem Passbüro ausgestellt werden kann. Beim Bezug im Passbüro werden bloss die Angaben überprüft und keine biometrischen Daten gespeichert.

Freiwillig und praktisch

Die e-ID ist freiwillig, niemand ist

Auf einen Blick

Das hat sich mit der neuen Vorlage verbessert

2021		2025
Private Anbieter	▶	Staatliche Ausgabe
Zentrale Speicherung der Daten	▶	Dezentrale Speicherung der Daten
Tiefer Datenschutz	▶	Hoher Datenschutz



Bildarchiv ETH Zürich/Comet Photo AG

Buchbesprechung

Mattmark: 60 Jahre Ungerechtigkeit

Das Unglück geschah vor 60 Jahren, doch sind gewisse Vorgänge bis heute nicht restlos geklärt. Am 30. August 1965 brach die Gletscherzunge des Allalin ab und begrub das Barackendorf unter den Eismassen, in dem die Arbeiter hausten, die den Staudamm von Mattmark erbauten. 88 Menschen kamen ums Leben. Die meisten waren italienische Saisoniers aus der Region Belluno. Wie konnte das passieren? Bereits wenige Tage nach dem Unglück brachten höchste Kreise, darunter der Walliser Bundesrat Bonvin, wider besseren Wissen die These der Unvorhersehbarkeit des Unglücks ein. Wegen Unvorhersehbarkeit sprach das Walliser Kantonsgericht sieben Jahre später alle Angeklagten frei und verfügte, die Kosten für die Berufung zur Hälfte den Opferfamilien aufzuerlegen. In Italien führte das Urteil zu einem Aufschrei, und das Unglück ist bis heute unvergessen.

2022, 50 Jahre nach dem Urteil, erhielt die Öffentlichkeit Zugang zu den Akten. Historiker:innen und Medienschaffende stellten fest: Es war vor allem die menschenverachtende Profitgier, die das Baukonsortium dazu verleitete, auf Messungen der Eisbewegungen zu verzichten und die Baracken ausgerechnet unterhalb des Gletschers zu erstellen.

Diese sowie zahlreiche weitere Aspekte des Unglücks – etwa die Rolle von Frauen auf der Baustelle und die Folgen des unmenschlichen Saisonierstatuts – hat die Historikerin Elisabeth Joris zum 60. Jahrestag aufgearbeitet. Nun liegt das Buch «Mattmark 1965» vor. Journalist Kurt Marti zeichnet darin minutiös die Verbreitung der Unvor-

hersehbarkeitsthese nach, und Gewerkschafter Vasco Pedrina zeigt auf, welche Rolle das Unglück in der Gewerkschaftsgeschichte spielte. Viele Fotografien ergänzen die sorgfältigen Ausführungen. Eine sehr lesenswerte Aufarbeitung dieses Skandals!

Pia Wildberger



Mattmark 1965
von Elisabeth Joris (Hg.)
Rotpunktverlag



Volksinitiative

Eine Initiative gegen Röstis Etikettenschwindel

Wir haben nichts gegen Nutzpflanzen, die dank neuer Gentechnik weniger Wasser brauchen, nicht faulen, mehr Ertrag abwerfen und dem Klimawandel trotzen. Falls es solche Pflanzen jemals geben wird. Aber: Wer mit Gentechnik arbeitet, soll für deren Risiken geradestehen müssen.

Das ist der zentrale Punkt der Lebensmittelschutz-Initiative. Bisher haben sich Befürwortende der neuen Gentechnik-Methoden vor allem dadurch hervorgetan, dass sie das Blaue vom Himmel versprechen: Mit der verharmlosend «neue Züchtungstechnologien» genannten Genmanipulation könnten Pflanzen Trockenheit und übermässige Feuchtigkeit gleichermaßen überstehen und das Problem von sinkenden Erträgen beseitigen.

Das tönt verführerisch. Wer würde da nicht sagen: Her damit! Doch diese Liste der landwirtschaftlichen Verheissungen ist vor allem eines: eine Wunschliste. Der Bundesrat schreibt es selbst: «Noch sind keine solchen Sorten, die für die Schweizer Landwirtschaft interessant wären, verfügbar» (Medienmitteilung vom 4. September 2024).

Eines ist klar: Auch die neuen Gentechnik-Methoden sind Gentechnik. Sie greifen tief ins Erbgut ein und sind keineswegs harmloser. Auch wenn Bundesrat Albert Rösti das zu verschleiern versucht. Das Gesetz, mit dem er Gentechnik durch die Hintertür einführen will, hätte ursprünglich «Bundesgesetz über die neuen gentechnischen Verfahren in der Pflanzenzüchtung» heissen sollen. Daraus wurde über Nacht «Bundesgesetz über Pflanzen aus neuen Züchtungstechnologien». Aus dem Titel, aus dem Sinn! Das sagt eigentlich alles.

Wer die Umwelt einem Risiko aussetzt, hat Verantwortung zu übernehmen. Darum fordert die Initiative strenge Zulassungskriterien, eine saubere Risikoprüfung und Haftung für allfällige Schäden. Hochgradig gefährdet ist die gesamte gentechfreie Landwirtschaft – nicht nur der biologische Landbau –, insbesondere durch Kontamination.

Und schliesslich will die Initiative Wahlfreiheit garantieren: für Produzierende und Konsument:innen. Das geht nur mit transparenter Deklaration: «gentechnisch verändert» bitte schön! Und nicht wie vorgesehen «aus neuen Züchtungstechnologien». Wir haben das Recht zu erfahren, wie unsere Lebensmittel produziert werden. Das ist das Mindeste.



Ueli Schmezer,
Nationalrat BE



Verabschiedung

Ständerat der Herzen

Nach seiner Wahl als SP-Ständerat des Kantons Schaffhausen wurde schnell klar: Simon Stocker ist ein aussergewöhnlicher Politiker und ein feiner Mensch. Er ist nicht nur sehr kompetent, sondern gleichzeitig auch humorvoll, ehrlich interessiert am Gegenüber, kann gut zuhören, bringt viel Gelassenheit und einen grossen Teamgeist mit. Umso schmerzlicher ist es, dass wir uns nur zwei Jahre später wieder von ihm verabschieden müssen.

Simon hat sich als Experte zu Altersfragen besonders in sozialen Fragen engagiert. Zudem hat er sich dafür eingesetzt, dass wir die Energiewende schaffen und die Versorgungssicherheit garantiert ist.

Nachdem Simon 2023 gegen den rechten Ständerat Thomas Minder die Wahl ins Stöckli gewonnen hatte, wurde diese aus dem Umfeld von Minder angefochten – wegen Stockers «Lebensmittelpunkt». Nach dem für ihn negativen Bundesgerichtsentscheid trat Simon zurück: Gerichtsentscheide sind zu akzeptieren. Doch der fade Nachgeschmack bleibt: Das Urteil aus Lausanne ist eine Absage an ein gleichberechtigtes Familienmodell. Dass es dann bei der Wahlwiederholung nicht mehr gereicht hat, ist für uns alle eine riesige Enttäuschung und ein grosser Verlust.

Wir werden Simon mit seiner optimistischen und pragmatischen Art sehr vermissen. Wir sind froh zu wissen, dass du, lieber Simon, politisch aktiv bleiben wirst – für eine soziale, gerechte und zukunftsfähige Schweiz!

Samira Marti, Co-Chefin der Bundeshausfraktion

EU-Plattform

Verleihung des René-Felber-Preises an Gret Haller

Ende Juni hat die EU-Plattform der SP Schweiz zum ersten Mal den René-Felber-Preis vergeben. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Plattform herausragendes pro-europäisches Engagement sowie besondere Verdienste um die Förderung der europäischen Idee innerhalb der Partei. Preisträgerin ist Gret Haller – ehemalige Nationalratspräsidentin, Botschafterin der Schweiz beim Europarat und Ombudsfrau für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina, die die Auszeichnung für ihr Lebenswerk verliehen erhält. Zeit ihres Lebens habe sie sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt, so Nationalrat Jon Pult in seiner Laudatio: «Weil du überzeugt bist: Eine soziale und demokratische Schweiz wird auf Dauer nur in einem sozialen und demokratischen Europa Bestand haben.»

Die Aufarbeitung des BLKB-Debakels ist unerlässlich



Yasmine Perinfaquet

Die Sommerpause begann dieses Jahr mit einem gehörigen Knall: Die BLKB kommunizierte einen gewaltigen Abschreiber in Höhe von 100 Millionen Franken bei ihrer Tochtergesellschaft Radicant. Im selben Atemzug kündigten der CEO und der Bankratspräsident Anfang Juli ihren Rücktritt im kommenden Jahr an. Kurz darauf beugten sich die beiden dem grossen politischen Druck und traten bereits auf Ende Juli zurück. Das BLKB-Debakel rückte erneut ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die jüngsten Entwicklungen rund um die Bank werfen zahlreiche, teils besorgniserregende Fragen auf: zu den Abläufen, zur Transparenz und zu den politischen Verantwortlichkeiten.

Versagen interner Kontrollsysteme

Im Grundsatz begrüssen wir als SP klimafreundliche Investitionen und Projekte der BLKB. Allerdings muss man davon ausgehen können, dass sie richtig umgesetzt und begleitet werden. Am Beispiel der Tochtergesellschaft Radicant zeigt sich, dass die internen Kontrollsysteme offenbar versagt haben. Ganz klar: Es wurden Fehler gemacht, grobe Fehler. Es ist unverständlich, wie derartige Abschreiber nicht antizipiert werden konnten. Die BLKB, der Bankrat und der Finanzdirektor Lauber haben allesamt viel zu spät reagiert.

Konkret fragen wir uns: Was wusste Toni Lauber als zuständiger Regierungsrat? Seit

wann wusste er es, und wurde der Gesamtregierungsrat rechtzeitig über die Situation informiert? Die Zeichen deuten auf ein Übersehen oder gar Ignorieren interner Warnsignale. Nicht nur Lauber, sondern auch der Bankrat als Gremium muss sich fragen, wie er seine Verantwortung wahrgenommen hat. Die Entpolitisierung des Bankrates hat offensichtlich nicht zum gewünschten Ergebnis geführt.

Verantwortlichkeiten klären, Transparenz schaffen

Wir fordern eine lückenlose politische Aufarbeitung der Ereignisse rund um Radicant und die BLKB. Die Abläufe und vor allem die Verantwortlichkeiten müssen vollständig geklärt werden. Nur so können künftige Risiken verhindert werden. Welches Mittel zur Aufarbeitung geeignet ist, muss sorgfältig geprüft werden. Wir stehen einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) positiv gegenüber. Die Baselbieter Bevölkerung hat Anrecht auf vollständige Transparenz.

Nils Joher, Tania Cucè und Sandra Strüby,
Präsidium der SP Baselland

Mentoring-Programm

Lust auf Politik?

Wir starten eine neue Runde unseres Mentoring-Programms! Damit möchten wir Personen unterstützen, die ihren Platz in der SP und in der Politik finden wollen.

Gesucht sind Mitglieder jeden Alters, die einen Einstieg in die Politik suchen und ein halbes Jahr lang ihre Lust auf Politik gemeinsam mit einer oder einem erfahrenen Politiker:in testen wollen.

Möchtest du Einblicke in die Politik von Bund, Kanton oder Gemeinde erhalten und dabei sechs Monate persönlich von einer Mentorin oder einem Mentor begleitet werden?



Dann melde dich an unter:
sp-bl.ch/mentoring

Petition

Attraktiver öV für Luzern!

Svenja Bauer (Sekretariat) und Valentin Humbel (Präsident) von der JUSO Luzern.

Mobilitätsgutscheine für Personen unter 25 Jahren, die ein kostenloses öV-Abonnement im gesamten Kantonsgebiet ermöglichen: Was im Kanton Genf seit Januar bereits Realität ist, fordert die JUSO Luzern in ihrer Petition an den Regierungsrat auch für den Kanton Luzern.



Valentin Humbel,
Präsident
JUSO Luzern

«Unsere
Mobilität
ist das
Gegenteil von
nachhaltig.»

Bis 2050 klimaneutral? Die Schweiz und auch der Kanton Luzern sind auf bestem Weg, ihre Klimaziele grandios zu verfehlen. Der Verkehr ist mit ca. 32 Prozent der totalen CO₂-Emissionen ein zentraler Treiber der Klimakrise. Unsere Mobilität ist damit das Gegenteil von nachhaltig. Um die Klima- und Energiestrategie des Kantons Luzern in die Tat umzusetzen, braucht es nun eine echte Offensive, um den öffentlichen Verkehr für die breite Bevölkerung attraktiv zu machen.

Ansetzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Pro Jahr werden im Regionalverkehr im Kanton rund 120 Millionen Personen befördert. Damit macht der öffentliche Verkehr gemäss Lustat ca. 20 Prozent am Tagesverkehr aus. Super, aber noch nicht genug. Um eine langfristige Veränderung zu bewirken, soll bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen angesetzt werden. Diese sind in ihrer Ausbildung, im Beruf und in der Freizeit auf zuverlässige Transportmittel angewiesen.

Kostentreiber Mobilität

Die Kosten stellen aber gerade für junge Personen oder Familien eine erhebliche finanzielle Belastung dar und beschränken den Zugang zum Grundrecht «Mobilität» und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Mobilitätsgutscheine würden eine Entlastung bringen und jungen Menschen mehr Freiheiten ermöglichen. Viele Städte und Länder leben es vor: In Luxemburg, Tallinn oder auch Genf (seit

Januar 2025) werden positive Erfahrungen gesammelt. Luzern ist als Nächstes dran!

Steigende Lebensqualität

Seit 2023 gibt es in der Stadt Luzern ein Pilotprojekt für öV-Gutscheine für Kinder zwischen sechs und 16 Jahren. Eine kantonale Kostenübernahme für alle Personen unter 25 wäre eine Weiterentwicklung des Vorbildprojekts. Ein attraktiver öV ist gerade in ländlichen Regionen von zentraler Bedeutung: Die Verbindungen sind seltener und die Kosten oft höher.

Mit einem nachhaltigen Wechsel der Mobilitätsform sind junge Menschen nicht länger auf das Auto angewiesen. Das Umsteigen reduziert die CO₂-Emissionen, verringert Lärm und Gefahren und verbessert die Luftqualität im ganzen Kanton spürbar. Weiter brauchen Personen, welche mit dem öV unterwegs sind, ca. 10 Mal weniger Raum als mit dem Auto. Die Lebensqualität wird für alle besser, selbst für die «übrig gebliebenen» Autofahrer:innen.

Jetzt Petition
unterschreiben:





Ja zu bezahlbaren Mieten

Am 28. September stimmen wir über die kantonale Miet-Initiative des Bernischen Mieterverbands ab. Sie stellt Transparenz her und sorgt so für mehr bezahlbare Wohnungen. Dass dies dringend nötig ist, zeigt sich im Kanton Bern leider in aller Deutlichkeit.

Tobias Egger und Lena Allenspach, Vorstandsmitglieder Mieterverband

Die Mieten sind im Kanton Bern ein grosses Thema. Bekannte von uns suchen schon länger eine grössere Wohnung für sich und ihre zwei Kinder. Kürzlich haben sie wieder ein passendes Objekt ausgeschrieben gesehen, allerdings ein sehr teures: 3,5 Zimmer für über 3000 Franken. Kurz darauf erzählt uns ein pensionierter Bähnler, dass ihm nach 35 Jahren die Wohnung gekündigt wurde – wegen einer Totalsanierung. Er sucht fieberhaft, aber es gibt keine Wohnungen in einer ähnlichen Preisklasse, nicht einmal eine deutlich kleinere. Ähnliche Klagen hört man aber auch aus dem Oberland. Ein Bekannter hat eine Stelle als Koch in einem grossen Hotel in Grindelwald gefunden, aber keine bezahlbare Wohnung in der Nähe. Er muss jetzt von weit her mit dem Auto pendeln und wird



möglichst schnell eine Stelle an einem anderen Ort suchen.

Das sind nur ein paar Beispiele, aber sie zeigen, was hinter den Zahlen steht. Die Mietpreise sind in den letzten 20 Jahren im Kanton Bern um rund 30 Prozent gestiegen. Und das, obwohl sie wegen des tieferen Referenzzinssatzes hätten sinken müssen. Es ist in der Schweiz nämlich nicht erlaubt, die Mieten einfach nach Belieben festzulegen. Die Renditen sind gesetzlich beschränkt. Dass das viel zu wenig beachtet wird, zeigt sich besonders deutlich, wenn es zu einem Mieterwechsel kommt. Oft werden die Mieten dann deutlich erhöht. Das führt zu saftigen Renditen für die Immobilienfirmen. Und die Mietenden müssen dafür tief ins Portemonnaie greifen.

Bezahlbare Mieten dank Transparenz
Genau hier will die Miet-Initiative ansetzen, über die wir am 28. September abstimmen.

Sie verlangt, dass bei einem Mieterwechsel die Vormiete offengelegt wird. Das heisst, dass auf dem Vertrag stehen muss, wie hoch die Miete vorher war und weshalb sie erhöht wird. Der neue Mieter oder die neue Mieterin kann so die Miete durch die Schlichtungsbehörde überprüfen lassen, wenn er oder sie zum Schluss kommt, dass diese Erhöhung nicht gerechtfertigt ist.

Es geht also bei der Miet-Initiative um Transparenz und Fairness. Wer eine Wohnung vermietet, soll offenlegen, wie hoch die Miete bisher war, damit für alle klar ist, ob er oder sie sich an die Spielregeln hält. Das ist gut für alle, die sich schon heute an das Mietrecht halten. Wer hingegen die Miete zu stark erhöht, kann das nicht mehr im Verborgenen tun.

Ein bewährtes Instrument

Transparente Vormieten gibt es bereits in vielen Kantonen. Sie sind ein bewährtes Instrument, um die Mietpreise zu dämpfen. Es ist an der Zeit, dass auch der Kanton Bern hier einen Schritt vorwärts macht und für faire Mietverhältnisse sorgt. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Mietpreise weiter stark steigen – und immer weniger Menschen es schaffen, im Kanton Bern eine bezahlbare Wohnung zu finden.



Trottinett statt Auto: Kinder sollen den Schulweg selbständig bewältigen.

Schulweg, bitte ohne Elterntaxi!

Früher, als es weder Elterntaxis noch Kickboards gab, bedeutete der Schulweg Abenteuer, Selbstständigkeit und die Chance, Verantwortung für sich übernehmen zu lernen.

Judith Kern, Präsidentin TAGEO, Elternbildung im Thurgau, Vizepräsidentin SP Thurgau

Gerade zum Schulstart, wenn für viele Kinder ein neuer Lebensabschnitt beginnt, wird der Schulweg zur wichtigen Etappe auf dem Weg ins Leben – ein kleines Abenteuer, das Kindern erlaubt, Tag für Tag ein Stück mehr in die Welt hinauszuwachsen.

Es ist nicht nur der Weg zur Schule oder dem Kindergarten, sondern auch ein wertvoller Lernraum ausserhalb des Klassenzimmers. Hier begegnen die Kinder alltäglichen Situationen, in denen sie Gefahren erkennen, Entscheidungen treffen und Rücksicht auf andere nehmen lernen. Ob gemeinsam mit Freund:innen, allein oder in kleinen Gruppen – der Schulweg schult die Orientierung und stärkt das Selbstbewusstsein.

Für Erstklässler:innen und alle, die vielleicht erstmals den Schulweg eigenständig bewältigen, ist der Schulanfang eine Zeit voller Aufregung und Stolz. Sie lernen, Verkehrsregeln zu beachten, ihre Umgebung aufmerksam wahrzunehmen und

Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Besonders der Austausch mit anderen Kindern unterwegs schafft Freundschaften und weckt ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft.

Gemeinsames Üben vermittelt Sicherheit und Vertrauen

Eltern sollten ihren Nachwuchs darin bestärken, den Schulweg selbstständig zurückzulegen, und sie nicht im Taxi hinchaufliegen und womöglich auch noch die Trottoirs vor dem Schulhaus zu verstellen. Das gemeinsame Üben vor dem ersten Schultag vermittelt Sicherheit und baut Vertrauen auf. Zudem trägt die tägliche Bewegung an der frischen Luft zur Gesundheit und Konzentrationsfähigkeit bei. Ein eigenständig bewältigter Schulweg fördert nicht nur die Entwicklung der Persönlichkeit, sondern bleibt als prägende Erfahrung oft ein Leben lang in Erinnerung.

Standpunkt**Von der Zehnernote zum Tarnkappenjet: Mitreden nur beim Kleingeld?**

Die Schweiz liebt ihre direkte Demokratie – wir stimmen über Kuhhörner ab, über das Zündhölzchenmonopol und selbst darüber, wie Banknoten aussehen sollen. Doch beim F-35 soll das Stimmvolk nicht mitreden.

Dabei haben wir bei der Abstimmung ausdrücklich ein Kostendach von 6 Milliarden gesetzt. Heute wissen wir: Dieses Dach war eine Illusion. Der Bundesrat hat nie einen Fixpreis vereinbart. Jede zusätzliche Million zahlt die Schweiz selbst – schon jetzt drohen bis zu 1300 Millionen Mehrkosten.

Noch dramatischer: Der Flugzeugkauf kam nur dank hauchdünner Zustimmung zustande (50,1 Prozent) – basierend auf falschen Informationen. Hätte das Stimmvolk von Anfang an gewusst, dass die Kosten unkontrollierbar hoch ausfallen, wäre das Resultat wohl anders ausgefallen.

Dabei geht es nicht nur ums Geld: Unter Trump haben die USA gezeigt, dass sie kein verlässlicher Partner sind und sich zu einem Willkürstaat entwickeln. Dieses Rüstungsprojekt ist zu riskant, zu teuer und undemokratisch. Es sollte längst klar sein: Der Kauf muss gestoppt werden. Sollte der Bundesrat das ignorieren, braucht es eine Abstimmung – und zwar sofort. Die bürgerlichen Bundesräte scheuen das, wohl weil eine deutliche Mehrheit heute gegen den F-35 ist.

Die SP wird in der Herbstsession weiterhin mit aller Kraft dafür kämpfen, dass der Kauf gestoppt wird oder wir zumindest endlich erneut über das wohl teuerste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte abstimmen können. Alles andere schadet der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie.



Tom Cassee
SP-Generalsekretär

**Gute Frage****Eine Initiative für Gaza?****Charlotte K.**

Als Mensch und Schweizer Bürgerin bin ich wie viele andere auch zutiefst entsetzt über die Vorgänge im Gaza-Streifen und im Westjordanland. Es bräuchte dringend eine neue Intervention: Demo, Leserbriefe ...

Fabian K.

Es braucht ein vollständiges Exportembargo gegen Israel. Ist dazu eine Volksinitiative möglich?

Liebe Charlotte, lieber Fabian

Das Ausmass des menschlichen Leidens in Gaza ist unerträglich, und es fällt schwer, das Grauen in Worte zu fassen. Menschen verhungern, während Nahrungsmittel nur wenige Kilometer entfernt bereitstehen, die Grenzen jedoch geschlossen bleiben. Immer mehr Expert:innen weltweit kommen zum Schluss, dass Israel in Gaza einen Völkermord begeht. Und immer mehr Staaten, darunter Kolumbien, Südafrika, Kanada und einige EU-Länder, ergreifen harte Sanktionen gegen Israel. Sie verbieten Waffenlieferungen und sanktionieren extremistische Minister der Regierung sowie gewalttätige Siedlergruppen.

Die offizielle Schweiz hingegen schaut mit FDP-Bundesrat und Ausussenminister Cassis weg. Wir haben darum im Parlament etliche Vorstösse eingebracht. Wir fordern unter anderem:

- Der Bundesrat muss alles unternehmen, um den freien Zugang zu humanitärer Hilfe im Gazastreifen sicherzustellen und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen zu erreichen.

- Die Schweiz soll sich den Sanktionen der EU gegen israelische Extremist:innen anschliessen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser:innen – einschliesslich der Blockierung humanitärer Hilfe – verantwortlich sind.
- Die Schweiz soll Palästina als Staat in den Grenzen von 1967 anerkennen.
- Die militärische Zusammenarbeit mit Israel ist umgehend zu beenden, ebenso der Import von Rüstungsgütern aus Israel. Bewilligungen für die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern müssen widerrufen werden.

Eine Volksinitiative wäre eventuell möglich, ist aber unseres Erachtens nicht die beste Lösung, da ihre Erarbeitung und Behandlung durch den Bund sehr lange dauert. Eine Volksinitiative kann zudem nicht alle Forderungen abdecken, weil sie jeweils nur ein Thema aufgreifen darf.

Es bleibt uns deshalb nichts anderes übrig, als auf allen Ebenen politisch Druck zu machen für mehr humanitäre Hilfe, ein Verbot der militärischen Kooperation und Waffengeschäfte und für gezielte Sanktionen.

Weitere Infos

Täglich erreichen die SP dutzende Zuschriften mit Fragen von Mitgliedern und Leser:innen. Besonders viele Mails betreffen den Krieg in Gaza. Stellvertretend für viele andere haben wir zwei rausgepickt und beantwortet sie an dieser Stelle. Hast du eine Frage an die SP? Schreib uns unter kommunikation@spschweiz.ch

Parteitag

Es braucht tiefere Krankenkassenprämien

Wie lassen sich die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien eindämmen? Es ist das Sorgenthema Nummer eins, denn die Ausgaben drücken massiv auf die Kaufkraft der Menschen. Das Präsidium stellt am Parteitag in Sursee verschiedene Ansätze vor, wie wir die Kosten in den Griff bekommen.



Mattea Meyer,
Co-Präsidentin



Samuel Bendahan,
Co-Fraktionschef

In einem knappen Monat ist es wieder so weit: Wie immer werden Ende September die Prämien für das kommende Jahr bekannt. Und seit Jahren ist nicht die Frage, ob die Prämien steigen oder sinken werden. Sondern: Wie stark steigen sie dieses Mal wieder an – 4, 6 oder gar 10 Prozent?

Eine vierköpfige Familie bezahlt bereits heute jährlich über 10 000 Franken für Prämien, jedes

Jahr werden es bis zu 1000 Franken mehr. Und wer eine Rente bezieht, muss oft weit über 14 Prozent des bescheidenen Einkommens an die Krankenversicherung überweisen.

Auch wenn sich eine bürgerliche Mehrheit weigert, das Sorgenthema Nr. 1 ernst zu nehmen: Fakt ist, dass sich die Prämien in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben. Kommt hinzu: Während die

Löhne und Renten des Mittelstands und der Haushalte mit geringem Einkommen stagnieren, sind die Einkommen von Haushalten mit Einkünften über 500 000 Franken explosionsartig gestiegen.

Die grosse Ungerechtigkeit der Kopfprämien

Das zentrale Problem dabei sind die sogenannten Kopfprämien. Normalerweise sind Sozialversicherungen solidarisch finanziert – wer mehr hat, trägt mehr bei. Nicht so bei der Krankenversicherung. Hier zahlt eine Bank-Managerin mit Millionensalär gleich viel Prämie wie ein Verkäufer oder eine Lehrerin. Zum Ausgleich wurden für Menschen mit tieferen Löhnen Prämienverbilligungen eingeführt. Das hat lange gereicht. Doch die steigende Prämienlast bringt nun weite Teile des Mittelstands in Nöte. Das ist nicht weiter verwunderlich. Schliesslich sind sie es, die heute durch die Maschen fallen. Sie verdienen gerade ein bisschen zu viel, um heute ausreichend oder überhaupt Prämienverbilligungen zu erhalten.

Heisse Themen am Parteitag

Am Parteitag vom 25. Oktober in Sursee stehen gewichtige Themen an: Das Präsidium stellt verschiedene Ansätze vor, um die Gesundheitskosten einzudämmen und die Krankenkassenprämien in den Griff zu bekommen. So diskutieren wir die Lancierung einer Initiative, die auf tiefere Krankenkassenprämien für die Mittelklasse abzielt – diskutiere mit! Ein Parteitag ist immer auch eine interessante Gelegenheit mitzubestimmen, Einblicke in die konkrete Politik zu erhalten, Leute kennenzulernen und sich auszutauschen.

Ebenfalls wird ein spannendes Grundlagenpapier über den Einfluss von Big-Tech auf die Demokratie zur Diskussion gestellt (siehe nebenstehenden Artikel).

Delegierte können sich unter www.spschweiz.ch/parteitag anmelden – kommt zahlreich! Wir freuen uns auf euch.

Gleichzeitig haben sie aber zu wenig Lohn oder Rente, um die steigenden Krankenkassenprämien wegstecken zu können.

Neue Initiative für tiefere Prämien

Das muss sich ändern. Deshalb sind wir zurzeit daran, eine Initiative auszuarbeiten, um mit tieferen Prämien die Kaufkraft der Menschen zu stärken. Mit einkommensabhängigen Prämienrabatten werden sie entlastet und behalten mehrere tausend Franken mehr im eigenen Portemonnaie.

Finanziert wird das von den Personen mit den höchsten Einkommen, die Zuschläge bezahlen. Wie in der AHV sollen Einkommensmillionäre die höchsten Abgaben leisten, aber auch ihre monatlichen Beiträge sollen dabei gedeckelt sein.

Kinder sollen in der Grundversicherung zudem gänzlich prämienbefreit werden. Damit das Parlament die Umsetzung der Initiative nicht verzögern kann, sollen nach einem Volks-Ja die Prämien nicht mehr steigen können.

So wird der jährliche Prämienchock gestoppt. Familien, Rentner:innen und Alleinstehende mit tiefen und mittleren Einkommen werden endlich entlastet.

Neuer Anlauf: Initiative für öffentliche Krankenkasse

Woran krankt unser Gesundheitssystem? Selbstverständlich entbinden uns tiefere Prämien nicht davon, weiterhin auch bei den Ursachen genau hinzuschauen.

Und hier spielt der Pseudowettbewerb zwischen privaten Krankenkassen eine entscheidende Rolle. Es ist ineffizient und sinnlos, dass wir unzählige Versicherungen haben, welche Millionen an Verwaltungs-, Personal- und Werbekosten verschwenden und dabei allesamt die genau gleiche Leistung anbieten.

Eine öffentliche Krankenkasse würde endlich den teuren Pseudowettbewerb beenden und eine gute Betreuung der Patientinnen und Patienten in den Vordergrund stellen. Darum arbeiten wir an einer breiten Allianz, um eine gemeinsame Initiative für eine öffentliche Krankenkasse einzureichen, welche die Grundversorgung stärkt.

Fazit: Während die bürgerliche Mehrheit die Menschen im Stich lässt, tut die SP genau das Gegenteil.

Parteitag

Big Tech: Gefahr für die Demokratie?

Wie lassen sich die Risiken eindämmen, die von Big Tech ausgehen? Diese und ähnliche Fragen diskutieren wir am Parteitag vom 25. Oktober 2025.



Min Li Marti,
Nationalrätin ZH

Digitale Konzerne von Amazon bis TikTok sind binnen weniger Jahre zu zentralen Akteuren der Digitalisierung aufgestiegen. Online-Marktplätze, Suchmaschinen oder soziale Netzwerke sind aus dem Alltag kaum mehr wegzudenken, die generative künstliche Intelligenz verbreitet sich rasant. Gleichzeitig steigt die Macht von Big Tech: 70 Prozent der Marktanteile der Plattform-Ökonomie entfallen heute auf lediglich sieben chinesische und US-amerikanische Konzerne, 90 Prozent der Gewinne fließen in diese beiden Länder.

Damit verbunden ist auch der Aufstieg neuer superreicher Machtfiguren wie Elon Musk, Mark Zuckerberg, Investor Peter Thiel oder Jeff Bezos. Das Bild der Tech-Milliardäre, die an der Inauguration von US-Präsident Trump in der ersten Reihe sass, ging um die Welt – ein Sinnbild der Verbindung technologischer und wirtschaftlicher Macht mit rechter MAGA-Ideologie.

Den Tech-Oligarchen die Stirn bieten

Die Entstehung des Plattformkapitalismus und der damit verbundene Aufstieg einer neuen «Tech-Oligarchie» erweisen sich für die Sozialdemokratie als eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart: Wie lässt sich der digitale Kapitalismus einhegen? Wie können wir dafür sorgen, dass Digitalisierung und technologische Entwicklungen sozial, demokratisch und nachhaltig erfolgen?

Für die SP ist klar: Technologie ist keine Naturgewalt. Sie muss so gestaltet werden, dass sie Mensch und Gesellschaft dient. Die SP schlägt dazu eine Reihe von Massnahmen vor: Wir wollen ein Grundrecht auf digitale Integrität, sachgerechte Informationen,

Transparenz und Schutz vor Diskriminierung. Wir wollen demokratische Alternativen zu den heutigen Technologien stärken. Und wir wollen die Konzerne in die Verantwortung nehmen: Sie sollen stärker reguliert und endlich fair besteuert werden. Gleichzeitig braucht es eine schärfere Wettbewerbspolitik und gerechte Arbeitsbedingungen für Tech-Beschäftigte, wie beispielsweise Uber-Fahrer:innen. Entscheidend ist auch die Frage der Nachhaltigkeit, beim Energie- und beim Ressourcenverbrauch.

Alternativen zu Big Tech

Möchtest du aus der digitalen Dominanz von Big Tech aussteigen? Es gibt überzeugende Alternativen, bei denen deine Daten weder in den USA landen noch verkauft werden. Hier ein paar Tipps:

- Suchmaschinen wie **Qwant** oder **Ecosia** liefern gute Suchresultate.
- **Signal**: die datensparsame und sichere Chat-Alternative zu WhatsApp.
- **Infomaniak**: valable Alternative zu den Produkten von Microsoft und Google.
- **Libre Office**: die freie Alternative zu Microsoft Office.
- **Le chat**: KI-Chatbot aus Frankreich, der die Daten in Europa speichert und Vergleichbares zu Chatgpt bietet.
- **Linux**: Varianten wie Linux Mint, Fedora oder Ubuntu (Distributionen) machen den Umstieg auf ein freies Betriebssystem einfach.

Unter <https://european-alternatives.eu> findest du viele weitere europäische Alternativen zu den Big-Tech-Giganten.



Kochen fürs Klima

«Wenn alle mitmachen, geht viel»

Viele Spezialitäten aus dem Mittelmeerraum sind klimafreundlich und schmecken köstlich – besonders wenn Könner wie Niyazi Erdem sie zubereiten.

Pia Wildberger

Hinter einfachen Türen warten manchmal grandiose Überraschungen: zum Beispiel hinter dem Eingang zu Palu's Take Away in Zürich-Wiedikon. Niyazi Erdem führt hier in einem Wohnquartier, vis-à-vis einem altherwürdigen Schulgebäude, seit 30 Jahren einen Imbiss und Party Service. Und das Essen hat es in sich, so viel sei verraten: Der Hummus ist ausserordentlich sämig, das Baba Ganoush wunderbar «chüschtig» und das Brot frisch und luftig. Für Schüler:innen gibt's eine Dönerbox, für Partys stellt er Mezze-Teller mit Vorspeisen aus dem Mittelmeerraum zusammen.

Alles aus dem Ofen

Palu's Take Away ist längst zum Treffpunkt für Lehrpersonen und Schüler:innen geworden. Niyazi Erdem legt grossen Wert

auf klimafreundliche, feine Küche. Das bedeutet für ihn, dass alle Zutaten frisch sind. Um fünf Uhr früh steht er jeden Morgen in der Backstube, formt den Teig für die Brote, die Pide und die Pizze. Das Gemüse kommt nach Möglichkeit aus der Region, und der Backofen dient ihm auch als Kochstelle. «Das spart Energie – der Ofen muss ja für die Pizzas am Mittag laufen.» Auch lohnt es sich, die Bohnen und Kichererbsen zwei Tage im Kühlschrank einzuweichen, nicht bloss einen. Die Kochzeit halbiert sich.

Keine chemischen Zusätze

Die meisten Menus, die er auftischt, sind vegetarisch, viele sind vegan. Aber zu Börek gehört nun mal Feta. «Vegane Ersatzprodukte probiere ich immer wieder aus, aber bis jetzt hat mich veganer Käse noch nicht

überzeugt.» Notfalls lässt er den Käse weg. «Das ist einfach und auch fein.»

Der gebürtige Kurde vertritt die SP seit 2017 im Gemeinderat der Stadt Zürich. In Wiedikon, wo er auch im Vorstand des Quartiervereins ist, setzt er alles dran, das Netto-Null-Projekt der Stadt in einem Pilotprojekt umzusetzen. Er sagt aus Erfahrung: «Wenn alle mitmachen, geht viel.»

Wo hat Niyazi Erdem bloss so gut kochen gelernt? Lehrmeisterin war seine Mutter, der er im heimatlichen Dorf namens Palu als Kind zur Hand ging. In der Schweiz arbeitete er zunächst mehrere Jahre in Restaurants, bevor er Palu's Take Away eröffnete. Wie ihn die Küche der Mutter geprägt hat? Alles ist hausgemacht, chemische Zusätze sind tabu. Und das schmeckt man.





Baba Ganoush à la Palu

Zutaten für 4 Personen

- 2 grosse Auberginen (ca. 700 g)
- 1 grosse rote Spitzpaprika (ca. 150 g)
- 40 g Sesampaste (Tahini)
- Olivenöl, Zitrone, Salz, Pfeffer

Zubereitung

1. Ganze Auberginen im Ofen bei 250 Grad eine Stunde lang schmoren. Auskühlen lassen, schälen. Die Aubergine sollte etwas zerfallen, mit einer Gabel zertrennen. Beiseitestellen.
2. Gleichzeitig ganze Spitzpaprika (Copia-Peperoni) im Ofen ca. ½ Stunde schmoren. Auskühlen lassen, schälen, mit Mixstab pürieren.
3. Olivenöl, Salz, Pfeffer unter die Peperoni-Masse geben. Fein geschnittenen Knoblauch nach Belieben beifügen. Sesampaste begeben, gut vermengen.
4. Das Auberginenmus mit einer Kelle zum Pepronipüree zufügen, mit Zitronensaft abschmecken.

Fladenbrot

Brotteig (mit sehr wenig Hefe) zu handgrossen Kugeln formen. 1 Stunde im Kühlschrank aufgehen lassen. Auswallen und im Ofen wenige Minuten backen.

En Guete!

Essen ist politisch!

Unsere Ernährungsweise ist für rund ein ganzes Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für den Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das als Kraftfutter für Tiere dient. Ein Teil der Ernte landet zudem im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Doch dagegen lässt sich etwas tun. Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



Jubiläum

100 Jahre Berg frei

Die Naturfreunde Schweiz feiern ihr 100-jähriges Bestehen. Wir publizieren Auszüge aus der Jubiläumsrede von Jacqueline Badran vom letzten Wochenende.

Ich war entsetzt. Über mich selbst. Und bin es noch heute. Wie konnte ich nicht wissen, dass die «Naturfreunde» aus der sozialdemokratischen und Arbeiter:innen-Bewegung entstanden sind. Erst 2018 habe ich das gelernt. Als ich im «roten Wien» war zur 100-Jahr-Feier inklusive riesiger Ausstellung. Dort sah ich Plakate aus der Gründungszeit der Naturfreunde 1895: starke und Entschlossenheit ausdrückende Sujets zur Gründungsidee zum «Touristenverein der Naturfreunde». Ziel war es, den arbeitenden Menschen die Möglichkeit zu geben, die Freizeit sinnvoll zu gestalten, die Gesundheit zu stärken und die Liebe zur Natur zu wecken sowie sich weiterzubilden. In ihrer Satzung bekennt sie sich zum demokratischen Sozialismus, wendet sich gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur und hatte natürlich zum Ziel, die Arbeiterschaft zu organisieren.

Heute verstehen die Naturfreunde sich als Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur und sind mit ihren 350 000 Mitgliedern und 700 Naturfreundehäusern weltweit eine der grössten Nonprofitorganisationen.

Es ist vermutlich kein Zufall, dass die Naturfreunde im damals immer noch feudalistischen Österreich gegründet wurden. Die Berge und Wälder gehörten den Adligen. Und Lungenkuren gegen die grassierende Tuberkulose waren der besitzenden Klasse vorbehalten (zum Beispiel in den Höhenkliniken in Davos). Die besitzlosen Fabrikarbeiter:innen mit ihren Staublungen und 16-Stunden-Tagen hatten keine medizinische Versorgung und keinen Zugang zu Luft und Licht. So

heisst das Grusswort unter den Naturfreunden auch «Berg frei» – es symbolisierte, dass man sich die frische Luft und die Berge von der besitzenden Klasse zurückholen wollte.

Von Wien nach Zürich geschmuggelt

Am 11. August 1925 wurden die Naturfreunde Schweiz in Zürich gegründet, die mit der österreichischen Schwesterorganisation eine besondere Verbindung hatten. Die Nationalsozialisten Deutschlands und Österreichs verboten später die Naturfreunde. (Nazis über die Naturfreunde: «Ich mache darauf aufmerksam, Herr Genosse, dass wir Ihnen und dem übrigen Proletenpack die Verseuchung des Taunus durch die Naturfreundehäuser versalzen werden. [...] Ihr dreckiges Proletenpack gehört in die Fabriken, in die Zuchthäuser und an den Schweinetrog, aber nicht in Gottes freie Natur. Deutschland erwache!») Besonders die Österreich-Faschisten steckten Sozialdemokraten in Lager und ermordeten viele von ihnen. Die Mitgliederlisten der Naturfreunde, die allesamt auch Sozialdemokraten waren, mussten vor den Faschisten geschützt werden. Und so schmuggelte man das Vermögen und alle Akten in einer gefährlichen Aktion aus Wien nach Zürich, wo sie den Weltkrieg überdauerten.

Und all das habe ich erst 2018 erfahren. Wie kann das sein? Bin dann aber gleich Mitglied geworden. Was ich euch allen auch wärmstens empfehle. Denn die Ausbeutung von Mensch und Natur ist nicht weniger geworden, sondern höchstens subtiler.



5 Fragen

an Neumitglied
Claudia Budimir

1. Du bist Finanz- und Steuerberaterin. Da liegt eine Mitgliedschaft bei der SP nicht auf der Hand ...

Ich stamme aus einer konservativen kroatischen Migrantenfamilie und habe darum angefangen, alles zu hinterfragen. Durch meinen Beruf als Finanz- und Steuerberaterin bin ich noch politischer geworden. Ich merke jeden Tag, wie viel Ungerechtigkeit es gibt – bei Steuern, bei Versicherungen, bei der Behandlung von Migrant:innen. Irgendwann habe ich gemerkt: Wenn ich den Beruf mit ganzem Herzen mache, brauche ich eine politische Heimat, die meine Werte teilt. Bei der SP und den JUSOS habe ich Gleichgesinnte gefunden. Hier kann ich wichtige Themen ansprechen.

2. Wie bist du zur SP gekommen?

Meine Freundin hat mir gezeigt, dass die SP nicht elitär ist, wie ich dachte. Die herzlichen Menschen, die Aufklärungsarbeit und das Awareness-Team überzeugten mich: Hier will ich mitmachen.

3. Steueroptimierung und soziale Gerechtigkeit: Wie vereinbarst du das?

Ich sehe das so: Man muss nicht mehr Steuern zahlen, als der Staat verlangt – aber man muss zahlen, was man schuldet. Der Staat braucht Steuern, um zu funktionieren. Ich helfe Kund:innen, legal zu optimieren, ohne zu manipulieren. Gleichzeitig biete ich kostenlose Beratung für einkommensschwache Familien an, um Benachteiligung zu verhindern.

4. Warum hast du mit dem Spitz Fussball aufgehört?

Ich habe vier Mal das Kreuzband operiert – eine typische Frauenkrankheit im Fussball. Die Hormonschwankungen während des Zyklus machen die Bänder anfälliger. Als Frau musste ich im Fussball oft gegen patriarchale Strukturen ankämpfen. Wir verdienen halb so viel wie die Männer, wurden weniger wertgeschätzt. Irgendwann war es einfach zu viel.

Frauenfussball verkörpert viel von dem, was ich mir wünsche: Respekt, Gemeinschaft, Leidenschaft ohne Aggression. Ich vermisse den Sport, aber ich bin dankbar, dass ich heute etwas Neues gefunden habe, das mich erfüllt: Familie und Beruf.

5. Was sind deine Erwartungen an die SP?

Die SP sollte eine Stimme für die sein, die sonst nicht gehört werden. Ich wünsche mir, dass die Partei Brücken baut – zwischen Migrant:innen, zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land. Und dass sie weiterhin mutig bleibt. Ich bin zwar wegen meines Berufs nicht politisch exponiert, aber ich unterstütze die SP, wo ich kann. Vielleicht engagiere ich mich in ein paar Jahren aktiver – mal sehen!

Interview Pia Wildberger

Claudia Budimir, 25, ist ehemalige Spitz Fussballerin, angestellte Finanzberaterin und selbstständige Steuerberaterin mit ihrer Firma «Lila Steuern» in Olten.

News 1

Transparent und breit abgestützt

Zahlen des Bundesamts für Finanzkontrolle zeigen, was wir längst wissen: Die SP Schweiz ist die einzige grosse Partei, die ihre politische Arbeit auf eine breite Unterstützung von Mitgliedern und Kleinspender:innen stützt. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien nehmen wir keine Spenden von Konzernen oder Lobbyverbänden mit bestimmten Wirtschaftsinteressen entgegen. So hat die UBS den bürgerlichen Parteien 2024 bei-

spielsweise über 1 Million Franken überwiesen. Immer noch werden im bürgerlichen Lager entscheidende Geldflüsse hinter Stiftungen, speziellen Finanzvehikeln und intransparenten Mandatszahlungen versteckt. Die SP fordert deshalb, dass sämtliche Geldflüsse, Mandatszahlungen und Stiftungsgelder vollständig offengelegt werden müssen. Nur so lässt sich verhindern, dass Geld im Verborgenen die Richtung unserer Demokratie vorgibt.

News 2

meyer:wermuth geht auf Tournee

Wolltest du schon immer mal live dabei sein, wenn das Co-Präsidium seinen beliebten Podcast einspielt? Nach dem Grosse Erfolg im Frühling geht meyer:wermuth im Herbst wieder auf Tournee und bringt in vier Städten die spannendsten Hintergrundgeschichten aus dem Bundeshaus auf die Bühne. Sei dabei, wenn sich Mattea und Cédric gegenseitig auf die Probe stellen – und das Publikum die Gesprächsthemen mitbestimmt. Sichere dir am besten jetzt gleich dein Ticket für den Abend in Schaffhausen, Zug, Zürich oder Bern.



Partnerangebote



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Sozialversicherungen international: Wie sieht die Rente aus nach einem Arbeitsleben in mehreren Ländern?

Kurs Nr. D1.8.2511

27. – 28. Oktober in Vitznau

Grenzgänger:innen und Personen, die während ihres Arbeitslebens in verschiedenen Ländern gearbeitet haben, können ein Lied davon singen: Rentenberechnungen mit verschiedenen Sozialversicherungssystemen sind ohne Vorwissen unmöglich. Wir knacken diese «Black Box»: Dieser Kurs vermittelt das notwendige Wissen zu den wichtigsten Sozialversicherungsabkommen der Schweiz mit den EU- und Balkanstaaten.

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: stehende Berufe

Kurs Nr. D2.2.2510

30. Oktober in Olten

Rückenweh vom stundenlangen Stehen? Schmerzen in Muskeln und Gelenken? Gestresst und müde? Und trotzdem freundlich lächeln und effizient arbeiten?

Wir geben praktische Tipps, um lange Arbeitstage mit weniger Beschwerden durchstehen zu können. Dank guter Körperhaltung, gesunder Ernährung und besserem Umgang mit Stress.

Sitzungen und Versammlungen leiten und gestalten

Kurs Nr. D1.8.2509 –

13. – 14. November in Vitznau

Eine Sitzung zu leiten, ist sehr anspruchsvoll. Gesetzte Ziele müssen rechtzeitig erreicht werden und möglichst alle Beteiligten sollen zu Wort kommen. Lerne, wie Versammlungen optimal vorbereitet, geleitet und ausgewertet werden.

Anmeldung online,
per Mail oder per Telefon
www.movendo.ch
info@movendo.ch
058 218 00 00

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen.



Geschichte und Grundlagen der Sozialdemokratie

6. September, 9 – 18.30 Uhr,

Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

Wir lernen die Grundlagen und Geschichte der Sozialdemokratie kennen und untersuchen an konkreten Beispielen, wie eine Politik der sozialen Demokratie verwirklicht werden kann.

Der Fall Milošević – Protest und politischer Wandel in Serbien

2. Oktober, 18.30 – 20 Uhr,

Zürich, Raum (tba)

Vor 25 Jahren, endete die autoritäre Herrschaft von Slobodan Milošević – ein Wendepunkt in der jüngeren Geschichte Serbiens. Doch wie nachhaltig war dieser Umbruch? Welche Rolle spielten

Protestbewegungen damals – und wie sind sie heute zu bewerten? Mit *Leandra Bias*, Politikwissenschaftlerin und Expertin für Geschlechterpolitik und Autoritarismus, und *Philine Bickhardt* vom Slavischen Seminar der Universität Zürich, moderiert von *Adelina Gashi*.

Europabildungstag

4. Oktober, 9.30 – 18.30 Uhr

Eventraum, Falkenplatz 11, Bern

In einem interaktiven Format bietet der Tag fundiertes Wissen über EU-Institutionen, aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik und Raum für Diskussionen über die Rolle der Schweiz in Europa. Mit hochkarätigen Gästen aus verschiedenen EU-Ländern (u. a. *Bruno Tobback*, MEP und ehemaliger belgischer Minister) und der Gelegenheit zum Austausch mit jungen Engagierten aus der Schweiz und Europa.

Anmeldung und weitere Informationen
anny-klawa-morf.ch

Agenda

Anlässe für SP-Mitglieder

5. September 2025

Parteitratssitzung, online

6. September 2025

Mitgliederversammlung SP Frauen, Biel

13. September 2025

Kommunaltagung, Olten

16. September 2025

Gleichstellung und Inklusion in Sektionen, online

19. September 2025

a. o. Parteiratssitzung, online

4. Oktober 2025

Mitgliederversammlung SP queer, Lausanne

11. Oktober 2025

Feministischer Sessionsrückblick, Basel

21. Oktober 2025

SP60+ Atelier zur Zukunft des Gesundheitssystems, Basel

25. Oktober 2025

Parteitag, Sursee

25. Oktober 2025

Städtekonferenz

Jetzt
anmelden!



Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/veranstaltungen

Spannende Anlässe in Zürich

Bildungsanlässe haben auch auf kantonaler Ebene Tradition. So bietet die *Stiftung SP Bildung* der Zürcher Kantonalpartei Input- und Diskussionsanlässe sowie Bildungsreisen an. Im Herbst 2025 sind beispielsweise Veranstaltungen zu KI und geopolitischen Machtverschiebungen geplant, zu den Menschenrechten in einer Periode von frappierender Ungleichheit, zum (Siedler-) Kolonialismus im Nahen Osten und zu wirkungsvollen Massnahmen gegen die Wohnungskrise. Die Anlässe stehen allen offen. Themenvorschläge für Veranstaltungen sind stets willkommen.

www.spbildung.ch

Bildungsangebote



Explodierende Prämien – was braucht es jetzt?

21. Oktober 2025

19.30 – 21 Uhr, online

Mit *Barbara Gysi* (Nationalrätin) und *Reto Wyss* (Zentralsekretär SGB)

In den letzten 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt, während Löhne und Renten kaum gestiegen sind. Auch 2026 werden die Prämien wohl erneut steigen. Wir besprechen, welche Faktoren ausschlaggebend sind und welche Massnahmen Abhilfe schaffen. Wir legen einen Fokus auf die Pharmaindustrie und ihre enormen Profite.



Atomkraft – immer noch nein danke!

4. November 2025

19.30 – 21 Uhr, online

Mit *Gabriela Suter* (Nationalrätin), *Martina Munz* (alt Nationalrätin) und *Florian Kasser* (Greenpeace, Präsident der Allianz Atomausstieg)

Atomkraft bleibt eine gefährliche Technologie. Bald wird die Bevölkerung entscheiden, ob der Neubau von AKWs wieder erlaubt werden soll. Wir erfahren mehr über die aktuelle Diskussion im Parlament, sprechen mit Expert:innen und Aktivist:innen über die ungelöste Problematik des Atommülls und beleuchten, warum erneuerbare Energien mehr denn je die Zukunft sind.



Die Rolle der Schweiz in Sklaverei und Kolonialismus

13. November 2025

19.30 – 21 Uhr, online

Mit *Hans Fässler* (Historiker) und *Jovita dos Santos Pinto* (Kulturwissenschaftlerin)

Unsere koloniale Vergangenheit ist in vielen Kreisen unbekannt – doch die Schweiz war verstrickt in Sklavenhandel und Kolonialismus. Bis heute wirken diese Strukturen nach: Einerseits durch strukturellen Rassismus, Überausbeutung und eine eurozentristische Perspektive. Andererseits durch Banken und Rohstoffkonzerne, die koloniale Muster zur Profitmaximierung nutzen.

AZB

CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

Bildungsanlässe für Vorstände und Behördenmitglieder

Kommunaltagung

13. September 2025

10 – 16 Uhr, Olten

Für Exekutivmitglieder in kleinen und mittelgrossen Gemeinden

Exekutivmitglieder in kleinen und mittleren Gemeinden sind oft mit komplexen Situationen konfrontiert. An der Kommunaltagung fokussieren wir auf Schlüsselfragen der Kommunalpolitik: Die Schulraumplanung, Wohn- und Bodenpolitik und darauf, wie Gemeinden die Kaufkraft stärken können. Natürlich kommt auch der informelle Austausch nicht zu kurz.

Gleichstellung und Inklusion in den Sektionen

16. September 2025

19.30 – 21 Uhr, online

Für Präsidien und Vorstände von Sektionen

Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, den Sexualitäten und Inklusion von Menschen mit Behinderungen sind leider noch keine Selbstverständlichkeit. Wir diskutieren, warum das so ist, und schauen konkrete Massnahmen und Unterstützungsangebote an, mit denen wir die Situation in den Sektionen verbessern können.



www.spschweiz.ch/bildung

Hier
anmelden!